

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tageblatt Riefa.
Gesamt Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain,
des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riefa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonton: Leipzig 21866.
Circulose Riefa Nr. 22.

Nr. 32.

Dienstag, 8. Februar 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühren, bei Abrechnung am Monatsende monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühren. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 zum Heften, 1 mm hohe Grundzeile (7 Spalten) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; jeitraubender und tabellarischer Satz 10%, Aufschlag, Sachverhalte- und Bewerbengebühren 80 Pf. Beste Carl'sche Gewinniger Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Platz eingegeben werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlung- und Erfüllungsort: Riefa. Verzehnjährige Interessentengebühren, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Lang & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Böhmel, Riefa; für Druck: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Mischmehl zur Kuchenbereitung betr.

Muffin beruhen sich Bäder, wenn bei Revisionen bei ihnen Kuchen vorgefunden wird, in welchem Brotgetreidemehl enthalten ist, darauf, das Mischmehl, das ihnen bereits vor ungefähr einem Jahre durch die Bäderinnungen geliefert worden ist, dabei verwendet zu haben.

Infolge einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums — Landesamt für Meierei — ordnet deshalb der unterzeichnete Kommunalverwaltende auf Grund der §§ 58 und 61 der Reichsgetreideverordnung vom 21. Mai 1920 hiermit an, daß die in den einzelnen Bädereien etwa noch vorhandenen Mischmehlvorräte spätestens bis zum 25. Februar 1921 aufgebraucht sein müssen.

Von diesem Tage ab wird gegen Inhaber von Bädereien, wenn sich bei Revisionen zeigt, daß sie bei der Herstellung von Kuchen Brotgetreidemehl verwendet haben, unächtschuldig vorgegangen werden.

Inhaber von Bädereien, die sich auch am 25. Februar noch im Besitz von Mischmehl befinden sollten, haben unter Angabe der in Frage kommenden Meierei bei dem Kommunalverband schriftlich um die Genehmigung zur Weiterverwendung des Mehls nachzusuchen. Summehandlungen werden auf Grund von § 80 Siffer 12 der Reichsgetreideverordnung vom 21. Mai 1920 bestraft.

Großenhain, am 5. Februar 1921.
Die Amtshauptmannschaft.

Zuckerarten Reihe 20 betr.

Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain einschl. der revolvierenden Städte Großenhain und Riefa wird folgendes bestimmt:

1. Der neue Zuckererzeugungszeitraum erstreckt sich auf die Zeit vom 16. Februar 1921 bis 2. Juni 1921.

a) Die Ausgabe der Zuckerarten für die Einzelverbraucher erfolgt durch die bisherigen Ausgabestellen,
b) die Bezugsarten für die gewerblichen Betriebe werden den Betriebsinhabern durch die Gemeindebehörden zugehen.

2. Es erhalten:
a) Kinder im 1. und 2. Lebensjahre eine Normalzuckerarte über 5 Pfund und eine K-Karte ebenfalls über 5 Pfund,
b) alle übrigen Personen eine Zuckerarte über 5 Pfund.

Für die Berechnung des Alters zu a) ist der 16. Februar 1921 maßgebend. Für Betriebe erfolgt die Zuzugewissung in dem Maßstabe wie bisher.

Gewisse um Zuweisung von Zucker sind an die Amtshauptmannschaft zu richten. Die Zuckerarte und der Bezugsantrag sowie die Bezugskarte sind wie bisher mit Name und Wohnung des Inhabers und Kleinhändlers zu versehen. Die Bezugsarten und Ergänzungszuckerarten sind sofort bei der Belieferung zu entwerfen.

4. Summehandlungen werden nach der Bundesratsverordnung vom 17. Oktober 1917 bestraft. Diese Strafbestimmung erleidet auch gegenüber demjenigen Anwendung, die sich mehr Bezugs- oder Zuckerarten verschaffen, als ihnen nach den Vorschriften dieser Bekanntmachung zusteht.

Großenhain, am 7. Februar 1921.
Die Amtshauptmannschaft.

Faß russisch-englische Handelsabkommen.

„Daily Herald“ bringt unter der Überschrift „Ruhland zur Unterzeichnung bereit“ einen Bericht seines Moskauer Korrespondenten über die von Tschitscherin bereits an Curzon gedrohte Antwort der russischen Regierung auf den Entwurf zum russisch-englischen Handelsabkommen. Danach ist Rußland zur Unterzeichnung des Abkommens bereit unter gewissen Bedingungen: Die besonderen Garantien gegen Propaganda und feindliche Aktionen in gewissen Ländern sollen gegenseitig sein. Welche Parteien kommen überein, die Unabhängigkeit und Integrität Belgiens, Albanien und des Gebietes der türkischen Nationalisten zu respektieren. Außerdem soll England es unterlassen, in den oben genannten Ländern ebenso wie in den Ländern, die einen Teil des früheren russischen Reiches bildeten und jetzt unabhängige Staaten geworden sind, irgendeine feindliche Aktion gegen Rußland zu unterstützen, und sich nicht in die Beziehungen Rußlands mit anderen Ländern einzumischen. In der Note wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, eine wirklich solide Grundlage für freundschaftliche Beziehungen zu schaffen und den Frieden im Osten zu stabilisieren. Die Note leugnet die Entsendung von russischen Truppen nach Kleinasien und die Veranstaltung der Revolution in Buchara.

In Warschau eingetroffene Meldungen betätigen die Unentschiedenheit zwischen Lenin und Trotski bezüglich des Vertrages mit sei ein Anhänger, Trotski ein Gegner des Vertrages. Der Gegensatz zeigt sich in der Beziehung zu den Gewerkschaften.

Entwaffnung.

Der für gestern nachmittag, in dem Ministerium über den Verlauf der Verhandlungen berichtet worden. Es steht zunächst fest, wann der Ministerrat zusammenkommt, aber heute vormittag. Die Sitzung erfolgte wegen der Abwesenheit eines Ministeratsmitgliedes. — Wie die Telegraphen-Union erklärt, konnte in Berlin, wo Ministerpräsident Dr. v. Rath auf Grund des Ministerratsbeschlusses und der Besprechungen mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien den bayerischen Standpunkt vertrat, keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung die Ansicht vertrat, daß in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden soll, während die bayerische Regierung der Ansicht ist, daß zunächst die Londoner Konferenz abgewartet und festgestellt werden solle, was sich dort und zwar nicht nur in der Entwaffnungsfrage, sondern auch in der Reparationsfrage erreichen läßt. Im heutigen Ministerium wird Ministerpräsident Dr. v. Rath über diese grundsätzliche Meinungsverschiedenheit Bericht erstatten. Dann werden auch die Besprechungen mit den Koalitionsparteien des Landtages stattfinden, die dann ihrerseits wieder zur Sachlage Stellung zu nehmen haben.

Die Aushebungen im Reich.

Bei der Reichsregierung ist eine Fülle von Telegrammen von Parteioptionen sowie aus Industrie- und Handelskreisen eingegangen, in denen auf die ver-

hängnisvollen Folgen hingewiesen wird, die namentlich für die deutsche Wirtschaft durch die Annahme der Pariser Beschlüsse entstehen würden. Die Regierung wird gebeten, fest auf dem Standpunkte, den der Reichsminister Dr. Simons im Reichstage vertreten hat, bestehen zu bleiben.

Protest des Reichsindustrieverbandes für Handel und Gewerbe.

Der Reichsindustrieverband für Handel und Gewerbe nahm am Sonntag gegen die wahnwitzigen Wiedergutmachungsforderungen der Entente unter allgemeiner Zustimmung folgende Entschiedenheit an: Die heute zum Protest gegen die Kommunalisierung verammelten Gewerbetreibenden Schlesiens und entfällt über die unerhörten Forderungen des Feindbundes, die zur Vernichtung des deutschen Gewerbes führen müssen. Dem Unannehmbar der Regierung wird kraftvoll gegenübergestellt und von den Vertretern der Londoner Konferenz erwartet, daß sie die Interessen von Handwerk, Kleinindustrie und Handel gegen die Anstrengungen des Feindes vertreten.

Reichsverband für Handel und Gewerbe.
Deutschel.

Mittel zur Reparationsfrage.

Der frühere italienische Ministerpräsident Ritti erklärte in einer Unterredung zur Reparationsfrage: Der Gedanke, das deutsche Volk nicht nur in seinem gegenwärtigen Bestande, sondern auch im Bestande künftiger Generationen zu belasten, ist ebenso absurd als verbrecherisch. Es bedeutet die Fortsetzung des Krieges und die Anreicherung eines ganzen Volkes, das viele und schwere Fehler beging, dem aber die Illusion zum nicht geringen Teile ihre eheften Errungenschaften verlor. Europa werde nicht Frieden haben, solange Deutschland seinen Frieden hat. Rußland und der Islam werden nicht zur Ruhe kommen, wenn nicht Deutschland zur Ruhe kommt; ganz Europa wird in Trümmer gehen, wenn Deutschland in Trümmer geht. Wir haben Deutschland seinen Imperialismus vorgeworfen und es war ein gerechter Vorwurf. Heute, da wir Deutschland seine Kolonien, seine Schiffe und seinen Kredit auf dem Auslandsmarkt weggenommen haben und verlangen, daß es nicht nur seine eigenen, sondern auch unsere Schulden zahle, befolgen wir in Wirklichkeit dasselbe Programm, dessen bloße Absicht wir Deutschland zum Vorwurf machten. Das ist nicht gerecht, sondern Rache und Rachepläne dürfen nicht gebildet werden.

Die Pariser Presse über die Stimmung in Deutschland.

Die gestrige Pariser Morgenpresse beschäftigt sich sehr eingehend mit der durch die Pariser Beschlüsse in Deutschland hervorgerufenen Erregung. Der „Welt“ Parisier schreibt: Die politische Erregung die in Deutschland herrscht, schafft eine Lage, die die Mächte sehr beschäftigt. Man besorgt sich, daß die Offiziere der alliierten Kontrollkommissionen in Deutschland infolge der allgemeinen Erregung neuen Zwischenfällen ausgesetzt sein könnten, und man fragt sich, ob unter diesen Umständen die Londoner Konferenz an dem festgesetzten Zeitpunkt stattfinden kann und ob sie überhaupt stattfinden wird, wenn die deutsche Regierung nicht gegen die öffentliche Erregung reagiert.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Wiederherstellung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Der Reichsarbeitsminister hat sich, wie verschiedene Blätter berichten, für die baldige Aufhebung der die Freizügigkeit einschränkenden Bestimmungen der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen erklärt, da auf Anfrage die Landesregierungen und die Spitzenverbände der Arbeitgeber dieser Auffassung des Ministers beigestimmt sind. Demnach steht die Wiederherstellung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer bevor.

Der Streit in der Herrenkonfektion. An dem nach den Angaben des Arbeitnehmerverbandes im ganzen etwa 30000 bis 33000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt ist, hat gestern morgen eingeleitet. Die Maßneiderei wird von diesem Streit nicht betroffen.

Zurückgehaltenes Brotgetreide. Im anhaltischen Kreise Herdt sind laut amtlicher Bestimmung mehr als 120000 Ztr. Brotgetreide, das über 70% des Ablieferungsolls, nicht zur Ablieferung gekommen.

Czernin — österreichischer Gesandter in Berlin? Dem früheren Minister des Reichs Österreich-Ungarns Czernin wurde der österreichische Gesandtschaftsposten in Berlin angeboten. Czernin hat sich Bedenken erbeten.

Wladimir Kopp endgültig abberufen. Der bisherige Vertreter Rußlands Wladimir Kopp ist endgültig abberufen worden. Er wird durch einen Bruder Kropfins ersetzt werden.

Die ersten amerikanischen Milchfässer angekommen. Wie die „V. J. am Mittag“ meldet, ist der Dampfer „Narrow“ mit rund 740 amerikanischen Milchfässern an Bord in Bremen angekommen, wo der Transport ausgeladen wird.

Die Landwirtschaftskammer für Schlesien aufgelöst. Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner heutigen Sitzung mit den Vorgängen bei der letzten Versammlung der Landwirtschaftskammer für Schlesien in Breslau befaßt, bei der es zu monarchistischen Rundgedungen kam. Das Staatsministerium hat beschlossen, die Kammer wegen dieser Vorgänge aufzulösen. — Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, das Landesökonomienkollegium aufzulösen.

Eine Festnahme an der deutsch-belgischen Grenze. Nach einer Meldung des „Echo du Rhin“ aus Aachen ist am Donnerstag an der deutsch-belgischen Grenze von der Grenzpolizei ein Kraftwagen angehalten worden, in dem der Direktor der Bank von Berviers sich befand, die in Aachen eine Zweigstelle unterhält. Es sollen bedeutende Summen beschlagnahmt worden sein. Da außerdem die Papiere der Reisenden nicht in Ordnung waren, hat die deutsche Schutzpolizei den Direktor, seinen Sekretär und den Chauffeur festgenommen, später aber wieder freigelassen, den Direktor jedoch nur gegen Stellung einer Kaution von einer Million Mark.

Frankreich.

Die französischen Kohlenarbeiter suchen Verhandlungen mit den Deutschen. Nach Pariser Blättern haben die französischen Kohlenarbeiterverbände die Aufnahme von direkten Verhandlungen mit den Deutschen beschlossen, um dem Zweck, alle Tarife und Lohnverträge zu kündigen.

Belgien.

Deutsche Seeleute dürfen in Antwerpen nicht an Land. Die Independance Belge teilt mit, ist es im Hafen von Ant-